Mitgliederparteien – Niedergang ohne Ende?

Elmar Wiesendahl, Benjamin Höhne und *Malte Cordes*

In Zeiten allgemeiner chronischer Mitgliedermalaise der politischen Parteien nimmt es sich wie ein Wunder aus, wenn eine hiervon besonders betroffene Partei wie die SPD seit Jahresbeginn 2017 eine überraschende Eintrittswelle an Neumitgliedern erlebt.[1] Einen Lichtblick bildet dieser Zufluss, aber keine Wende, denn nicht nur die SPD, sondern die Parteien insgesamt – mit zeitweiligen Ausnahmen der FDP, der Grünen und einer durchweg geringeren Betroffenheit der CSU – sind über lange Jahre schon einem anhaltenden Mitgliederschwund ausgesetzt. Dieser lässt bezweifeln, ob sie überhaupt ihren Fortbestand als mitgliedschaftsbasierte Parteien aufrechterhalten können. Umso wichtiger ist es, auf der Grundlage der bisherigen Mitgliederentwicklung abzuschätzen, wie weit sich der Abstiegstrend fortsetzen wird und wie sehr er den betroffenen Parteien an die Substanz geht.

An retrospektiven Bestandsaufnahmen der Parteimitgliederentwicklung in Deutschland und anderen europäischen Ländern mangelt es, wie noch zu zeigen sein wird, in diesem Zusammenhang nicht. Was den Fortbestand mitgliederbasierter Parteien angeht, fallen sie auf der einen Seite düster aus und schlussfolgern aus dem Abwärtssog, dass wahrscheinlich mit ihrem Verschwinden zu rechnen sei. Auf der anderen Seite wird in der Gesamtschau der zyklische Verlauf der Mitgliederentwicklung betont, was impliziere, dass Parteien sich nach dem Auslaufen einer Hochphase auf einem deutlich niedrigeren Mitgliederniveau konsolidieren könnten.

Die beiden widerstreitenden Aussagen geben Anlass, sie anhand der zurückliegenden Entwicklung der Mitgliederzahlen der Parteien und vor allem deren Fortschreibung in die Zukunft hinein genauer zu überprüfen. Es geht darum, eine Forschungslücke zu schließen, zumal die konkurrierenden Fortbestandsdiagnosen ganz überwiegend retrospektiv und nicht prospektiv aus der bisherigen Mitgliederentwicklung hergeleitet werden, oftmals auch nur als grobe Schätzwerte. Notwendig ist zudem, hinter die jährlichen Bilanzzahlen in der Mitgliederentwicklung zu schauen, weil sie sich aus den fluktuierenden Eingängen abzüglich der ebenfalls fluktuierenden Abgänge, vor allem Austritten und Sterbefällen, errechnen und erst damit eine exakte Ursachendiagnose möglich ist. Soweit nicht anders vermerkt, enden die rückwärtigen Betrachtungen der Mitgliederzahlen mit Stand vom 31. Dezember 2016; frühester Beginn ist das Jahr 1968, seitdem den Autoren die Angaben vorliegen.

1. *Mitgliederentwicklung zwischen Abwendung und Normalisierung*

Die westeuropäischen Parteiensysteme stützen sich im Gegensatz zu den USA auf in Basiseinheiten organisierte Mitglieder, um ihre gesellschaftliche Verwurzelung, Präsenz und Kampagnenfähigkeit bei Wahlen sicherzustellen. Ursprünglich prototypisch von der SPD

1 Siehe *Livia Gerster*, Die SPD hypt wieder. So viele Mitgliedsanträge wie seit Willy Brandt nicht mehr. Groko in Gefahr?, in: FAS vom 28. Januar 2018, S. 1.

Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 2/2018, S. 304 – 324, DOI: 10.5771/0340-1758-2018-2-304
https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

des Kaiserreichs im 19. Jahrhundert entwickelt, waren mit einer breiten Massenmitgliedschaft ausgestattete Parteien schon in der Zwischenkriegszeit das Standardmodell sozialdemokratischer respektive sozialistischer Parteiorganisationen. Selbst konservative und teilweise auch liberale Parteien, die noch dem Typus der Honoratiorenpartei entsprachen, adaptierten später das Vorbild der Mitgliederpartei. Diese warf mit ihren freiwillig Organisierten so viel Nutzen für die Wählermobilisierung ab, dass sie zur „universellen Erscheinungsform des 20. Jahrhunderts"[2] avancierte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg machten die Parteien in Europa je nach nationalen Gegebenheiten sowie Tradition und Kultur bei der Rekrutierung von Mitgliedern temporär unterschiedliche, stark oder schwach ausgeprägte dynamische Aufstiegs- und Abstiegsprozesse durch. Von einem konvergenten Trend des Mitgliederzulaufs beziehungsweise -schwunds kann keineswegs die Rede sein: Zwischen den 1960er und den 1980er Jahren ist von einem allgemeinen Verfallsprozess der Mitgliederzahlen in Westeuropa (noch) nichts zu spüren.[3] Für zunächst voneinander abweichende Entwicklungspfade der Parteien und ihrer Mitgliederstrukturen spricht auch der streuende Anteil der Parteimitglieder an der parteibeitrittsberechtigten Bevölkerung.[4] Ab den 1980er Jahren verdichtete sich jedoch bei immer mehr Parteien eine Abwendungstendenz[5], und ab den 1990er Jahren setzte eine breite Abwärtsbewegung in den absoluten Mitgliederzahlen ein. Dieser Negativtrend hält bis heute an.[6] Über die letzten 25 Jahre hinweg verbuchten die Parteien Mitgliederverluste, die mittlerweile krisenhafte Ausmaße angenommen haben – in absoluten Zahlen, aber auch in Relation zur parteibeitrittsberechtigten Bevölkerung.

So befinden sich nicht nur die west-, sondern auch die seit Ende der 1980er Jahre hinzu gekommenen osteuropäischen Parteien mit wenigen Ausnahmen auf einem absteigenden Ast beziehungsweise erreichten nie eine große Wipfelhöhe.[7] Hierin spiegeln sich Vertrauensverluste und das Phänomen der Parteienverdrossenheit, wovon die europäischen Demokratien erfasst wurden. Gerade die etablierten unter ihnen hatten nach *Ingrid van Biezen*,

2 *Elmar Wiesendahl / Uwe Jun / Oskar Niedermayer*, Die Zukunft der Mitgliederparteien auf dem Prüfstand, in: *dies.* (Hrsg.), Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen / Farmington Hills 2009, S. 9 – 30, S. 13.

3 Vgl. *Richard S. Katz / Peter Mair / Luciano Bardi / Lars Bille / Kris Deschouwer / David Farrell / Ruud Koole / Leonardo Morlino / Wolfgang Müller / Jon Pierre / Thomas Poguntke / Jan Sundberg / Lars Svasand / Hella van de Velde / Paul Webb / Anders Widfeldt*, The Membership of Political Parties in European Democracies 1960-1990, in: European Journal of Political Research, 22. Jg. (1992), H. 2, S. 329 – 345, S. 332.

4 Vgl. ebenda, S. 333 f.; *Elmar Wiesendahl*, Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden 2006, S. 66 f.

5 Vgl. *Richard S. Katz*, Party as a Linkage: A Vestigial Function?, in: European Journal of Political Research, 18. Jg. (1990), H. 2, S. 143 – 161, S. 147 f.

6 Vgl. *Susan E. Scarrow*, Parties without Members? Party Organization in a Changing Electoral Environment, in: *Russell J. Dalton / Martin P. Wattenberg* (Hrsg.), Parties without Partisans, Oxford 2000, S. 79 – 101, S. 88 ff.; *Peter Mair / Ingrid van Biezen*, Party Membership in Twenty European Democracies 1980-2000, in: Party Politics, 7. Jg. (2001), H. 1, S. 5 – 21, S. 6; *Richard S. Katz*, The Internal Life of Parties, in: *Richard Luther / Ferdinand Müller-Rommel* (Hrsg.), Political Parties in the new Europe, Oxford 2002, S. 87 – 118, S. 101 f.; *Pascal Delwit*, Still in Decline? Party Membership in Europe, in: *Emilie van Haute* (Hrsg.), Party Membership in Europe: Exploration into the Anthills of Party Politics, Brüssel 2011, S. 25 – 42.

7 Vgl. *Andrè Krouwel*, Party Transformation in European Democracies, Albany 2012, S. 231.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Peter Mair und *Thomas Poguntke*[8] seit den späten 1990er Jahren eine Halbierung ihrer Parteimitgliederzahlen zu verkraften. Der Mitgliederschwund der deutschen Parteien seit den 1980er Jahren reiht sich in diese europaweite Negativentwicklung ein.[9]

Nun differieren die Einschätzungen, was die offenbar nicht umkehrbare Tendenz der Mitgliederverluste europäischer Parteien[10] für die weitere Zukunft des Typus der Mitgliederpartei bedeutet. Für die Einen indiziert der Abwärtstrend eine weitverbreitete Entfernung von der Parteipolitik.[11] Diese These vom „disengagement"[12], also einer wachsenden Distanz zwischen Bürgern und politischen Parteien, findet in der organisationsbezogenen Parteienniedergangsthese ihre Entsprechung. So sehen *Patrick Seyd* und *Paul Whiteley* Mitgliederparteien im direkten Niedergang: „Rather than the mass-membership party being a party of the future, as predicted by *Duverger* (1954), it now appears to be a party of the past."[13] Dass Parteien vor diesem Hintergrund nicht nur „Sorgenkinder", sondern „Parteien ohne Zukunft"[14] geworden seien, ist für die Anhänger der Abwendungsthese eine ausgemachte Sache. Bei der vorherrschenden krisentheoretischen Sicht überrascht es deshalb auch nicht, dass der Mitgliederrückgang in der Parteienliteratur als signifikanter Indikator für den Niedergang der Parteien schlechthin steht.[15] Die hieraus resultierenden Folgen wären in der Tat dramatisch. Parteien würden ihre gesellschaftliche Verwurzelung verlieren und nicht mehr fähig sein, eine lebendige Verbindung zwischen Staat und Gesellschaft herzustellen. Sie würden zu exklusiven Assoziationen von Berufspolitikern verkümmern, wodurch die bisherige Legitimation der Parteiendemokratie infrage gestellt würde.

Implizit geht die Abwendungsthese von der Prämisse aus, dass die Mitgliederparteien einstmals goldene Zeiten erlebt haben, von denen sie sich wegen des Mitgliederverlusts verabschieden mussten. Hiergegen wendet *Susan Scarrow*[16] ein, dass geringe Mitgliederzahlen von Parteien in fortgeschrittenen westlichen Demokratien normal seien, während der Mitgliederzulauf in den 1950ern und 1960ern der Nachkriegszeit historisch eine temporäre Ausnahmeerscheinung darstelle. Für sie ergeben Zahlenvergleiche, dass große Mitgliederparteien nie so weitverbreitet waren, wie manche Einschätzungen nahelegen.[17] Infolgedessen sei die vermeintliche Hochphase der Massenparteien eine idealistische Wunschvorstel-

8 Vgl. *Ingrid van Biezen / Peter Mair / Thomas Poguntke*, Going, going … gone? The Decline of Party Membership in Contemporary Europe, in: European Journal of Political Research, 51. Jg. (2012), H. 1, S. 24 – 56, S. 8.

9 Vgl. dazu die jährliche Dokumentation der Parteimitgliederzahlen von *Oskar Niedermayer* in der ZParl seit dem Jahr 2001, üblicherweise in Heft 2 eines Jahrgangs.

10 Vgl. *Ingrid van Biezen / Thomas Poguntke*, The Decline of Membership-based Politics, in: Party Politics, 20. Jg. (2014), H. 2, S. 205 – 216, S. 207.

11 Vgl. *Peter Mair / Ingrid van Biezen*, a.a.O. (Fn. 6), S. 6.

12 Vgl. *Emilie van Haute*, Party Membership: An Understudied Mode of Political Participation, in: *dies.* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 6), S. 7 – 22.

13 *Patrick Seyd / Paul Whiteley*, British Party Members. An Overview, in: Party Politics, 10. Jg. (2004), H. 4, S. 355 – 366, S. 355.

14 *Elmar Wiesendahl / Uwe Jun / Oskar Niedermayer*, a.a.O. (Fn. 2), S. 9 f.

15 Vgl. *Ann-Kristin Kölln*, Party Decline and Response. The Effects of Membership Decline on Party Organisations in Western Europe, 1960-2010, Zutphen 2014, S. 62.

16 Vgl. *Susan E. Scarrow*, a.a.O. (Fn. 6), S. 94 f.; *dies.*, Party Decline in the Parties State? The Changing Environment of German Politics, in: *Paul Webb / David M. Farrell / Ian Holliday* (Hrsg.), Political Parties in Advanced Industrial Democracies, Oxford 2002, S. 77 – 106, S. 86.

17 Vgl. *Susan E. Scarrow*, a.a.O. (Fn. 6), S. 94 f.; *dies.*, Party Decline in the Parties State?, a.a.O. (Fn. 16), S. 86.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

lung, die realiter nur sporadisch von wenigen Linksparteien erreicht worden sei.[18] Es sei deshalb unangemessen, die heutige Realität mit den Idealtypen der Vergangenheit in Beziehung zu setzen.[19] Entsprechend dürfe man die Mitgliederverluste auch nicht zu einem Universalphänomen hochstilisieren, weil unter 47 westeuropäischen Einzelparteien 23 Prozent zwischen 1960 und 2010 keinen Schwund erlebt hätten.[20] Kurzum: Unterschiede in Ausmaß und Verlauf des Mitgliederniedergangs lassen sich nicht aus einem überall gleichermaßen wirkenden Erklärungsfaktor herleiten.[21]

Die Normalisierungs- beziehungsweise Konsolidierungsthese von *Scarrow* hält der Abwendungsthese stichhaltige Einwände entgegen, die deren Verbreitung in der Parteienliteratur jedoch offenbar nichts anhaben können. Dabei ist aus der Gesamtschau über die Nachkriegsjahrzehnte hinweg die Aussage nicht von der Hand zu weisen, dass mit dem Schwund an Mitgliedern längerfristige Konjunkturzyklen der Mitgliederentwicklung verbunden sind. Der springende Punkt dabei ist, dass Parteien nach dem Verständnis einer Normalisierung auch in einer Phase anhaltender Mitgliederverluste nicht erheblich hinter das Ausgangsniveau zurückfallen dürfen, von dem aus ihr außergewöhnliches Wachstum einsetzte.

Diese Normalisierungsthese[22] in Deutschland zu untersuchen hat besonderen Reiz, weil die Mitgliederentwicklung einen zyklischen Konjunkturverlauf innerhalb zweier dominanter Parteien eines weithin als stabil geltenden Parteiensystems aufweist, der sich dahingehend überprüfen lässt, inwieweit der Mitgliederniedergang zum Ausgangspunkt des Mitgliederbooms zurückführt. Entsprechend dieser Überlegung würden sich die Parteien nach dem Auslaufen des außerordentlichen Aufwuchses auf einem niedrigen „normalen" Niveau konsolidieren. Anders herum lässt sich die wellenförmige Ausprägung der Mitgliederentwicklung daraufhin untersuchen, ob für die Zukunft, wie von der Abwendungsthese angenommen, eher mit einem Verschwinden des Typus der Mitgliederparteien zu rechnen ist.

2. Der Konjunkturzyklus der Mitgliederentwicklung der Bundestagsparteien

Um die zukünftige Entwicklung abschätzen zu können, ist beim Mitgliederniedergang anzusetzen. Dieser wird durch einen schematisierbaren Verlaufszyklus ersichtlich.

Wie in Abbildung 1 dargestellt, nimmt die Mitgliederentwicklung der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zwischen 1968 und 2016 einen zyklischen Verlauf, bei der sich erstens eine Boomphase, zweitens eine Stagnationsphase und drittens eine Rezessions-

18 Vgl. *dies.*, Beyond Party Members. Changing Approaches to Partisan Mobilization, Oxford 2015, S. 36 f.

19 Vgl. ebenda, S. 43.

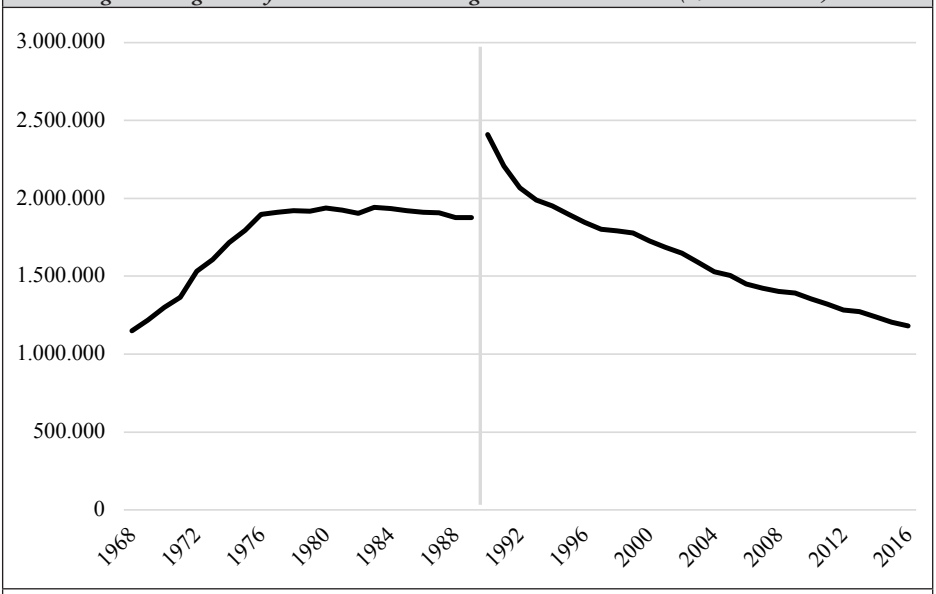
20 Vgl. *Ann-Kristin Kölln*, Party Membership in Europe: Testing Party-Level Explanations of Decline, in: Party Politics, 22 Jg. (2016), H. 4, S. 465 – 477, S. 474.

21 Vgl. *dies.*, a.a.O. (Fn. 15), S. 92; *Susan E. Scarrow*, a.a.O. (Fn. 18), S. 70 ff.; *Anika Gauja / Emilie van Haute*, Conclusion: Members and Activists in Comparative Perspective, in: *dies.* (Hrsg.), Party Members and Activists, London / New York 2015, S. 186 – 202, S. 192.

22 Vgl. *Tim Spier / Markus Klein*, Party Membership in Germany. Rather Formal, Therefore Uncool?, in: *Emilie van Haute / Anika Gauja* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 21), S. 84 – 99, S. 84.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Abbildung 1: Mitgliederzyklus der im Bundestag vertretenen Parteien (1968 bis 2016)



Anmerkung: Angabe der addierten Mitgliederzahlen von SPD, CDU, CSU, Bündnis 90/Die Grünen (1983 bis 1993: Die Grünen), Die Linke (1990 bis 2007 PDS beziehungsweise Vorläuferparteien) und FDP (auch zwischen 2013 und 2016 als sie nicht im Bundestag vertreten war).
Quelle: Eigene Daten nach Auskünften der Bundesgeschäftsstellen der Parteien; *Oskar Niedermayer*, a.a.O. (Fn. 26).

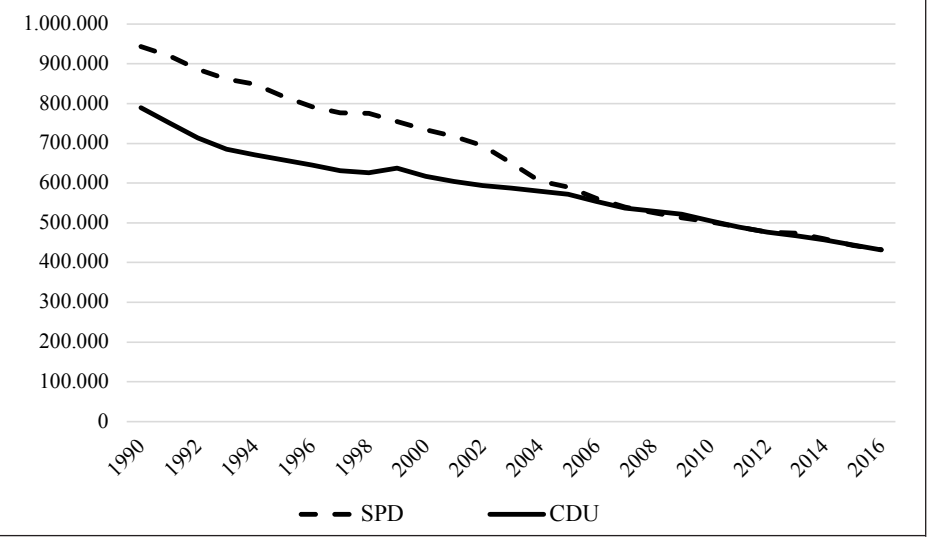
phase unterscheiden lassen.[23] Die konfliktgeladene Umbruchzeit um 1968 und der zwischen der sozialliberalen Regierung und der CDU/CSU-Opposition polarisierend ausgetragene Richtungskonflikt lösten eine Politisierungswelle aus, die eine Flut von Parteieintritten bewirkte. Dadurch setzte eine stürmische Wachstumsphase ein, die – mit schwindender Dynamik – bis zum Jahr 1983 anhielt. In dieser Phase von rund 15 Jahren stiegen die Mitgliederzahlen von SPD, CDU, CSU und FDP von 1.149.639 auf 1.942.291 an – ein Zuwachs von 792.652 Organisierten (+69 Prozent). Sozialdemokraten und Christdemokraten waren die Hauptgewinner. So wuchs die SPD in nur vier Jahren von 1968 bis 1972 von 732.446 auf 954.394 Mitglieder, also um fast ein Drittel. Die CDU verdoppelte sogar ihren Mitgliederbestand innerhalb von nur sieben Jahren zwischen 1968 und 1975 von 286.541 auf 590.482. Im Jahr 1983 wurde mit 734.555 Mitgliedern ihr vorläufiger Höchststand erreicht. Danach kam es zur Kehrtwende.[24] Bis 1989 stagnierten alle Bundestagsparteien zusammengenommen bei leichtem Rückgang. Diese Phase endete mit Gesamtverlusten von 65.242 (-3,4 Prozent) bei 1.877.049. Die deutsche Einheit löste einen

23 Vgl. *Elmar Wiesendahl*, a.a.O. (Fn. 4), S. 32 ff.; *Oskar Niedermayer*, Der Wandel des parteipolitischen Engagements der Bürger, in: *Steffen Kühnel / ders. / Bettina Westle* (Hrsg.), Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten, Wiesbaden 2009, S. 82 – 134, S. 101 ff.

24 Vgl. *Elmar Wiesendahl*, Der Marsch aus den Institutionen. Zur Organisationsschwäche politischer Parteien in den achtziger Jahren, in: APuZ, B 21 (1990), S. 3 – 14.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Abbildung 2: Mitgliederentwicklung von SPD und CDU (1990 bis 2016)



Quelle: Eigene Daten auf Basis von Auskünften der Bundesgeschäftsstellen von SPD und CDU.

befristeten Wiederanstieg der Mitgliederzahlen, partiell durch Übernahme von Mitgliedern der alten DDR-Blockparteien, aus.[25] Im Einheitsjahr 1990 wuchs die Parteimitgliederzahl so um über eine halbe Million (+20,4 Prozent) auf 2.409.624 an.

Dieser antizyklische Zuwachs war bereits nach sechs Jahren durch anhaltende Abgänge wieder aufgezehrt – dies vor allen Dingen deshalb, weil in den neuen Bundesländern ein Entpolitisierungsprozess einsetzte und die alten Blockparteienmitglieder ihre Mitgliedschaft aufkündigten.[26] Die Talfahrt hielt in der Abschwungsphase bis zum Ende des Betrachtungszeitraums im Jahr 2016 ununterbrochen an. Im Vergleich zum Höchststand von 1990 mit fast 2,5 Millionen sackten die Parteien Ende 2016 auf 1.181.440 Organisierte (inklusive FDP) ab und hatten damit Verluste von 1.228.184 (-51 Prozent) zu verbuchen.[27] Am stärksten traf es die SPD: Sie fiel von ihrem Höchststand 1976 mit 1.022.191 Mitgliedern auf 432.706 Ende 2016 (-57,7 Prozent). Durch übernommene Mitglieder der Ost-CDU und der Bauernpartei kurzzeitig aufgebläht, erreichte die CDU 1990 mit 789.609 Mitgliedern ihren Höchststand. Zum Jahresende 2016 waren ihr davon 431.920 Mitglieder verblieben (-45,3 Prozent). Seit 2006 sind die Mitgliederzahlen von SPD und CDU, die in

25 Einen Mitgliederanstieg verzeichnete neben der FDP vor allem die CDU, die mit dem Beitritt der Unionsverbände in den neuen Bundesländern Anfang Oktober 1990 zur gesamtdeutschen Partei wurde. Ungefähr ein Viertel ihrer Mitglieder kam damals aus der Ost-CDU. Viele einstige Blockparteimitglieder blieben jedoch nicht lange in der vereinten Union. Ein DDR-Pendant der SPD existierte nicht. Die Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone hatten sich 1946 in einem Prozess der Zwangsvereinigung, der Elemente der Freiwilligkeit beinhaltete, mit den Kommunisten der KPD zur SED zusammengeschlossen; vgl. dazu beispielsweise *Andreas Malycha / Peter Jochen Winters*, Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München 2009, S. 26 – 37.

26 Vgl. *Oskar Niedermayer*, Parteimitgliedschaften, in: *ders.* (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 147 – 177, S. 156.

27 Vgl. *ders.*, Parteimitgliedschaften 2016, in: ZParl, 48. Jg. (2017), H. 2, S. 370 – 396, S. 375.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

den folgenden Abschnitten im Mittelpunkt stehen, nahezu auf demselben Stand und nehmen beide gleichmäßig ab, wie Abbildung 2 veranschaulicht.

Insgesamt wurde der Mitgliederberg, der sich in den Parteien seit dem Ende der 1960er Jahre über einen Zeitraum von bald einem halben Jahrhundert aufgetürmt hatte, gesamtdeutsch fast vollständig wieder abgetragen. Zurückgefallen sind die Parteien auf das Niveau von 1969, von wo aus sie in Westdeutschland ihren Konjunkturzyklus starteten. Vom Niedergang des parteipolitischen Engagements lässt sich vor diesem Hintergrund sprechen, weil der Organisationsgrad stark schrumpfte, also der in den Parteien organisierte Anteil der beitrittsberechtigten Bundesbürger.[28] War der Organisationsgrad auf dem vereinigungsbedingten Höhepunkt der Mitgliederzahlen 1990 noch auf 3,7 Prozent angestiegen, begann danach ein Erosionsprozess, der ihn gesamtdeutsch bis Ende 2016 für alle Bundestagsparteien plus FDP auf 1,7 Prozent hinunterdrückte.[29]

3. Mitgliederschwund im Licht von Zugängen und Abgängen bei SPD und CDU

Der Aufstiegs-, Stagnations- und Abstiegsverlauf seit dem Ende der 1960er Jahre gibt für sich genommen nicht preis, wie sich der Mitgliederberg zunächst auftürmte und dann über einen langen Prozess mit anhaltenden Verlustzahlen bis Ende 2016 fast vollständig wieder abgetragen wurde. Die Erklärung für das Auf und Ab ist an der Entwicklung der Mitgliederzugänge und -abgänge abzulesen, aus deren jährlicher Verrechnung sich ein positiver oder ein negativer Saldo des Mitgliederbestands ergibt.

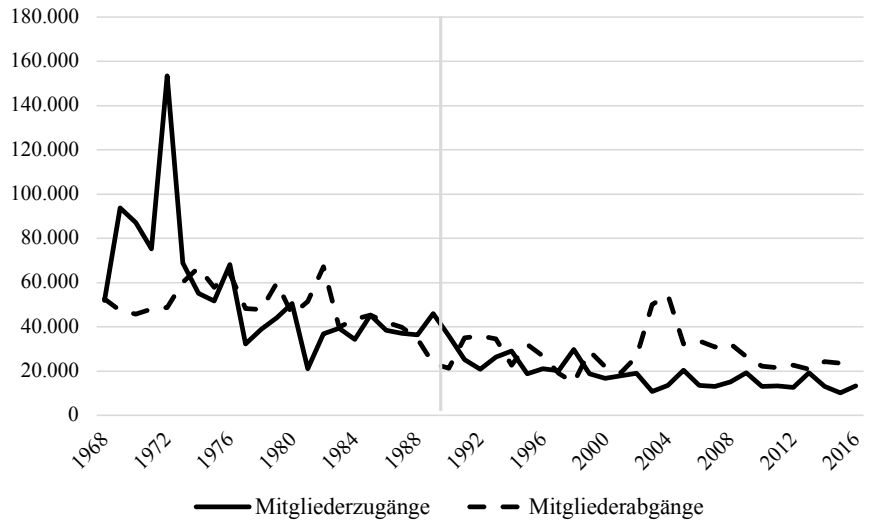
Den Zugängen in Gestalt von Neumitgliedern auf der einen Seite stehen verschiedene Arten des Abgangs auf der anderen Seite gegenüber: Todesfälle, explizite Austritte, Ausschließungen nach einem Parteiausschlussverfahren oder wegen Beitragsrückstands, Karteibereinigungen, nicht gegenüber der Partei angezeigte Wohnortwechsel und die Residualkategorie Sonstige, nicht mehr klärbare Abgänge. Politisch relevant ist an erster Stelle das Verhältnis zwischen den Eintritten und den expliziten Austritten, die aus unterschiedlich gelagerten Gründen erfolgen und verschiedene Ebenen des Parteigeschehens betreffen können.[30] Halten sich die Eintritte und die expliziten Austritte die Waage, kann nicht von einer Austrittswelle aus einer Partei die Rede sein. Gesichert ist ihr personelles Überleben damit jedoch noch längst nicht. Den Status quo ihres quantitativen Personalbestands kann sie nur dann verteidigen, wenn die Eintritte alle Abgänge, das heißt auch die Todesfälle, ausgleichen.

Anhand der Entwicklung der Mitgliederzugänge und -abgänge bei SPD und CDU zeigt sich im Längsschnittvergleich, wie zunächst ein temporärer Eintrittsboom die Zahlen nach

28 Vgl. *ders.*, a.a.O. (Fn. 26), S. 156 f.
29 Vgl. *ders.*, a.a.O. (Fn. 27), S. 376.
30 Vgl. *Nicolai Dose*, Innerparteiliche Demokratie und Mitgliederschwund – was tun?, in: *Ursula Münch / Uwe Kranenpohl / Henrik Gast* (Hrsg.), Parteien und Demokratie. Innerparteiliche Demokratie im Wandel, Baden-Baden 2014, S. 151 – 168; *Benjamin Höhne*, Demokratie braucht Engagement. Gesellschaftliche und politische Beteiligung in und außerhalb von Parteien aus Sicht von Mitgliedern und Nichtmitgliedern, Konrad-Adenauer-Stiftung, Forum Empirische Sozialforschung, Sankt Augustin / Berlin 2015, S. 48 – 55; *Katharina Rohrbach*, Warum treten Mitglieder aus Parteien aus?, in: *Tim Spier / Markus Klein / Ulrich von Alemann / Hanna Hoffmann / Annika Laux / Alexandra Nonnenmacher / dies.* (Hrsg.), Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 177 – 201.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Abbildung 3: Mitgliederzugänge und -abgänge der SPD im Längsschnitt



Quelle: Eigene Daten auf Basis von Auskünften der SPD-Bundesgeschäftsstelle.

oben trieb und dann eine bereits Mitte der 1970er Jahre einsetzende Nachwuchsebbe die Bestände wieder ausdünnte. Die rückläufigen Nachwuchszahlen reichten immer weniger hin, um die Mitgliederabgänge kompensieren zu können.

Der Blick auf die SPD-Mitgliederzugänge und -abgänge zeigt, dass die Partei zu Beginn der 1970er Jahre eine Mitgliederschwemme erlebte, die 1972 im Spitzenwert von 153.426 Neumitgliedern gipfelte (siehe Abbildung 3). Von 1968 bis zu ihrem Bestjahr 1976 konnte die SPD insgesamt 705.139 Neumitglieder gewinnen, denen 490.982 Abgänge gegenüberstanden. Kurz darauf fielen die jährlichen Neuzugänge auf unter 60.000 pro Jahr und konnten in den 1980ern die Vierzigtausender-Marke nur noch mühsam überschreiten. In den 1990ern bewegten sich die Zugänge um die zwanzigtausend, nach 2000 waren es immerhin noch etwa zehntausend.

Wie sehr der Mitgliederstrom abebbte, wird auch ersichtlich, wenn man die Gesamtzahl an Neueintritten danach aufschlüsselt, mit welchem Anteil am Gesamtaufkommen an Nachwuchs sie sich auf die Dekaden seit den 1970er Jahren verteilen. Der Zulauf zur SPD ist auf die 1970er Jahre konzentriert, in denen 674.726 neue Mitglieder den Weg in die Partei fanden. Das macht 43,3 Prozent des Gesamtaufkommens an Nachwuchs zwischen 1970 und 2016 aus (1.558.405 Neumitglieder). In den 1980er Jahren fällt der Neubeitrittsanteil auf 24,7 Prozent zurück und hält sich dann in den 1990ern bei 15,8 Prozent. Von 2000 bis 2009 konnte die Partei 158.500 neue Mitglieder (10,2 Prozent) rekrutieren, was mehr als viermal weniger ist als noch in den Boomjahren der 1970er. Zwischen Anfang 2010 und Ende 2016 kamen nur noch 94.645 Personen neu hinzu. Die seither rückläufigen Eintrittszahlen sprechen dafür, dass die SPD mit steigender Tendenz unter Nachwuchsmangel leidet. Der Neumitgliederstrom hat sich in ein Rinnsal verwandelt.

Bei den Abgängen von insgesamt 1,7 Millionen zwischen 1970 und Ende 2016 fallen mit einem Anteil von 72 Prozent die 1970er, 1980er und 1990er Jahre ins Gewicht, auf die ebenfalls die Neuzugänge mit 83,8 Prozent konzentriert sind. Dagegen kam es in der ersten

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Dekade des 21. Jahrhunderts und den anschließenden 2010er Jahren nur noch zu knapp 28 Prozent der Abgänge. Da aber im selben Zeitraum auch die Zugangszahlen stark absackten, wurden diese um fast doppelt so viele Abgänge überrundet: 253.145 Personen traten der SPD bei, 485.215 verließen sie.

Die Partei wurde seit Mitte der Neunziger von auffälligen Austrittswellen erfasst (1991 bis 1993, 1995, 1999 und 2003/2004), auf die Sprünge in der Abgangsentwicklung zurückzuführen sind. 2004 wurde ein Höchststand mit 54.480 Abgängen erreicht. Seit den 1990er Jahren liefen also der SPD in Wellen zeitweise Mitglieder davon, was sich auch daran zeigt, dass für die 1990er Jahre 65,8 Prozent und für die begonnenen 2010er circa 70 Prozent der Abgänge auf explizite Austritte zurückgehen. Dies könnte für den Fortbestand der Partei kritisch werden, weil die Neueintritte in den neunziger Jahren zu 82 Prozent von expliziten Austritten wieder aufgezehrt wurden. Die Jahre nach 2000 erscheinen noch dramatischer, weil die Austritte die Eintritte überstiegen. Ohne Zweifel schlagen hier die über 250.000 Personen durch, die in Folge der Agenda-2010-Politik der *Schröder*-Regierung die Partei verließen.[31] Die nur knapp 160.000 Neumitglieder in den 2000er Jahren konnten diesem Abfluss nicht genug entgegensetzen. Insofern findet die These grundsätzlich Unterstützung, dass es über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg in erster Linie die rückläufigen Nachwuchszahlen und nicht die insgesamt abnehmenden Abgangszahlen sind, die die Halbierung des Mitgliederbestandes der SPD über die vergangenen 23 Jahre bewirkt haben.

Auch die Entwicklung der Neuzugänge bei der CDU zeigt einen charakteristischen Verlauf: Zwischen 1971 und 1976 ergoss sich geradezu eine Eintrittsflut über die Partei, die ab 1977 stagnierend auslief, um nach 1983 allmählich in den Zwanzigtausender-Bereich abzusinken (siehe Abbildung 4). Aufgeschlüsselt nach Dekaden im Zeitraum zwischen 1970 und 2016 fiel der Löwenanteil der Zugänge in Höhe von insgesamt 1.469.711 Neumitgliedern mit 43,2 Prozent in den 1970ern an. In den Achtzigern halbierte er sich auf 21,8 Prozent. Weiter schwindend betrugen die Zugänge ab den 1990ern nur noch 15,1 Prozent, nach 2000 13,6 und von 2010 bis 2016 nur noch 6,2 Prozent.

Die Mitgliederabgänge zeigen über die Länge des Beobachtungszeitraums einen leicht wellenförmigen Verlauf. Sie steigen, mit deutlichen Ausschlägen nach unten und nach oben, bis in die Neunziger an, um dann wieder auf das Zwanzigtausender-Niveau abzusinken. Die Jahre 1988, 1992 und 2000 stehen für Abgangsspitzen, die auf temporäre Austrittswellen zurückgehen wie zuletzt im Zuge der Spendenaffäre *Helmut Kohls*.[32] Von den 1970ern auf die 1980er steigt der Anteilswert an den Gesamtabgängen in Höhe von 1.527.199 (zwischen 1970 und 2016) von 16,8 auf 23,0 Prozent und erreicht in den 1990ern mit 26,5 Prozent ein Gipfelniveau. Nach 2000 fallen nur noch 22 und nach 2010 6,2 Prozent der Abgänge an. Seit Beginn der 1980er leidet die CDU an zu geringem Nachwuchs, um Substanzverluste vermeiden zu können.

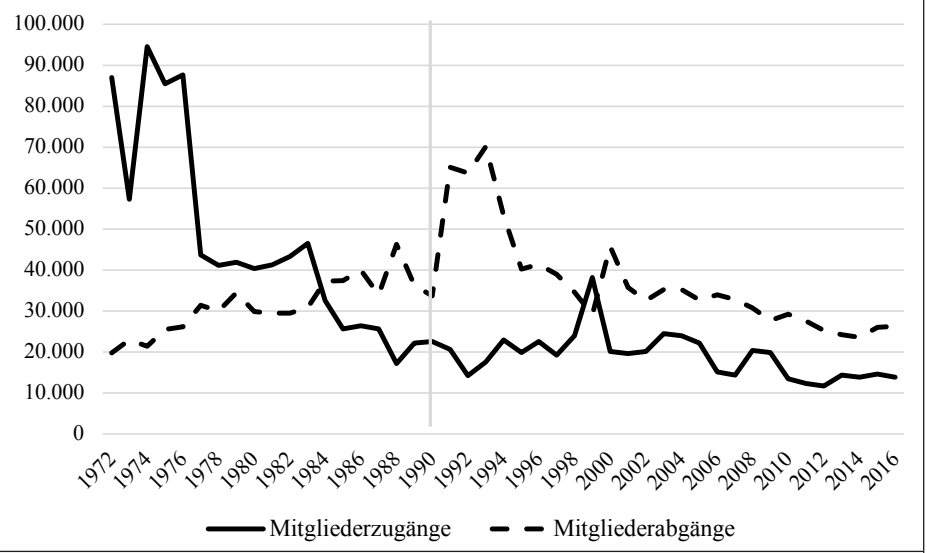
Der Eingangs- und Abgangszahlenvergleich indiziert, dass Mitglieder ihrer Partei nicht massenhaft davonlaufen. Stattdessen hapert es den Mitgliedergroßparteien an genügend Neueintritten, durch die Abgänge kompensiert werden könnten. Vielmehr sind die Eintrittsraten seit den 1980er Jahren immer kleiner geworden. Dies hängt mit dem Auslaufen

31 Vgl. *Tim Spier / Ulrich von Alemann*, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), in: *Oskar Niedermayer* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 26), S. 439 – 467, S. 451.

32 Vgl. *Franz Walter / Christian Werwath / Oliver D'Antonio*, Die CDU. Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit, Baden-Baden 2014.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Abbildung 4: Mitgliederzugänge und -abgänge der CDU im Längsschnitt



Quelle: Eigene Daten auf Basis von Auskünften der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

der gesellschaftlichen Politisierungsphase zusammen, die den Parteien den Mitgliederzulauf beschert hatte. Das Zusammenspiel von Zugängen und Abgängen bei der Entwicklung der Mitgliederzahlen von SPD und CDU lässt sich somit, so wie *van Biezen*, *Mair* und *Poguntke* für die europäischen Verhältnisse insgesamt diagnostizieren, mit dem Unvermögen der Nachwuchsgewinnung erklären.[33]

Nicht übersehen lässt sich, dass schon länger anhaltende veränderte gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen die Neigung der Bürger, in Parteien einzutreten, stark beeinträchtigten.[34] So haben sich mit der kognitiven Mobilisierung und dem Wertewandel die Beteiligungsvorlieben zum Teil auf so genannte unkonventionelle Partizipationsformen verlagert. Zudem ist mit der wachsenden Parteienverdrossenheit der einstmals hohe Anerkennungswert des parteipolitischen Engagements einer ausgeprägten Organisationsdistanz gegenüber Parteien gewichen. Und nicht zuletzt hat mit dem Aufstieg der Mediendemokratie und der intensiven Nutzung der neuen sozialen Medien die Parteibeitrittsneigung gerade unter Jugendlichen erheblich abgenommen.

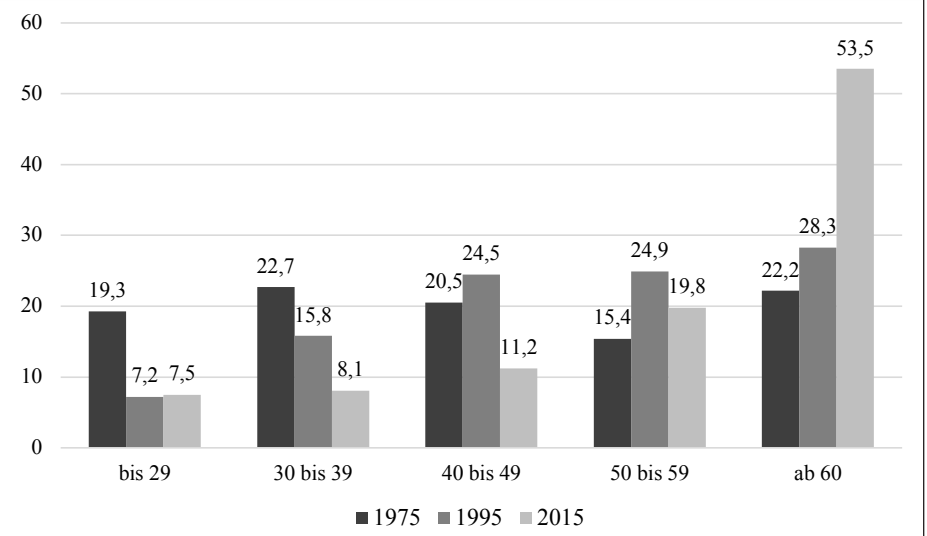
4. Überalterung und ihre Folgen

Das Ungleichgewicht zwischen variablen Zugängen und Abgängen hat sich tief in die Altersstruktur der beiden Mitgliedergroßparteien eingegraben. Zunächst trat mit der Boomphase eine Verjüngung der Mitgliederbestände ein, was durch den ansteigenden Anteil an jungen Mitgliedern bis 30 Jahre bewirkt wurde. Umgekehrt sank das Anteilsgewicht der

33 Vgl. *Ingrid van Biezen / Peter Mair / Thomas Poguntke*, a.a.O. (Fn. 8) S. 3.
34 Vgl. *Elmar Wiesendahl*, a.a.O. (Fn. 4) S. 62 ff.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Abbildung 5: Veränderung des Altersaufbaus der SPD (1975, 1995 und 2015, in Prozent)



Quelle: Eigene Daten auf Basis von Angaben der SPD-Bundesgeschäftsstelle; für 2015 Angaben nach *Oskar Niedermayer*, a.a.O. (Fn. 26), S. 383 mit veränderter Altersgruppierung: „bis 30", „31 bis 40", „41 bis 50", „51 bis 60", „ab 61 Jahre".

Altersgruppe der über 60-Jährigen. Mit der Nachwuchsebbe fiel der Jungmitgliederanteil Schritt für Schritt zurück und ließ die Mitgliedschaft insgesamt altern. Veranschaulicht werden kann dies durch einen etappenweisen Längsschnittvergleich der Altersstruktur von SPD und CDU für die Jahre 1975, 1995 und 2015 (siehe Abbildung 5 und 6).

Bei beiden Parteien wirft der ausbleibende Nachwuchs im ersten 20-Jahres-Intervall von 1975 bis 1995 die Altersgruppe der bis 29-Jährigen auf einen Wert von sieben Prozent (SPD) beziehungsweise fünf Prozent (CDU) zurück. Bis 2015 nimmt der Anteil der jüngsten Mitglieder wieder etwas zu, bleibt aber unter dem Niveau von 1975. Dagegen macht die in den frühen 1970ern eingetretene Jungmitgliedergruppe bis 1995 einen Altessprung durch und lässt die Gruppe der Alten und ganz Alten ab 61 Jahren sprunghaft anwachsen. 2015 bildet sie mit einem Anteil von 53,5 Prozent bei der SPD und 53,1 Prozent bei der CDU sogar mehr als die absolute Mehrheit.

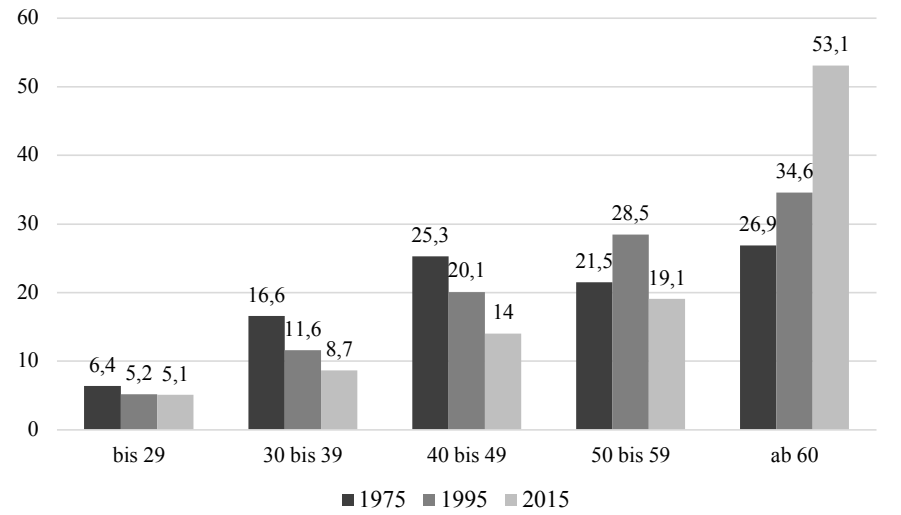
Offenbar ist die Überalterung von SPD und CDU vor allem dem Altern der Neumitglieder aus der Mobilisierungsphase Anfang der 1970er geschuldet.[35] Für die weitere Zukunft der Mitgliederverankerung der Parteien bildet diese zyklusbedingte Überalterung ihrer Mitgliedschaft eine zentrale Richtgröße. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die in den 1970ern eingetretene Alterskohorte durch ihr Ableben die schieflastige Altersstruktur von SPD und CDU wieder mehr ins Lot bringt.

Inwieweit schon heute der wachsende Mitgliederschwund auf Sterbefälle zurückzuführen ist, erhellt ein Blick auf die Abbildung 7. Diese zeigt, dass die Austritte bei der CDU den – stärker fluktuierenden – Hauptanteil der Abgänge darstellen. Obgleich die – weniger

35 Vgl. *Oliver D`Antonio* / *Bettina Munimus*, Parteien und die Altenrepublik Deutschland, in: *Elmar Wiesendahl* (Hrsg.), Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden 2017, S. 303 – 329, S. 316 f.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

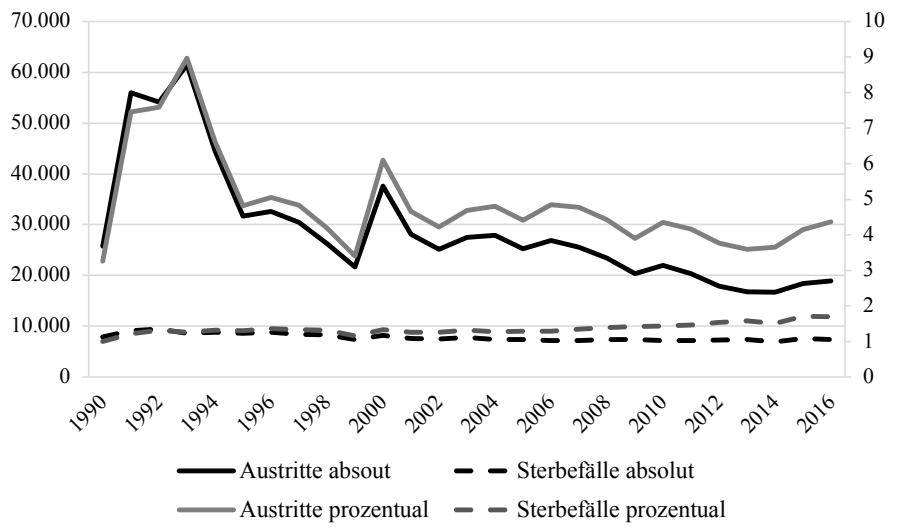
Abbildung 6: Veränderung des Altersaufbaus der CDU (1975, 1995 und 2015, in Prozent)



Quelle: Eigene Daten auf Basis von Angaben der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

fluktuierenden – Sterbefälle seit Beginn der 1990er Jahre in absoluten Zahlen rückläufig sind, wächst ihr prozentualer Anteil an der schrumpfenden Gesamtmitgliedschaft von 1,2 Prozent zu Beginn der 1990er Jahre auf knapp zwei Prozent zum Ende der 2010er Jahre. Dagegen schwanken die Austritte seit den 2000er Jahren um einen Wert von vier Prozent pro Jahr, Tendenz fallend.

Abbildung 7: Austritte und Sterbefälle bei der CDU (1990 bis 2016)



Anmerkung: Skalierung der linken y-Achse: absolute Werte, rechte y-Achse: Prozentwerte.
Quelle: Eigene Berechnung, Datenbereitstellung durch die CDU-Bundesgeschäftsstelle.

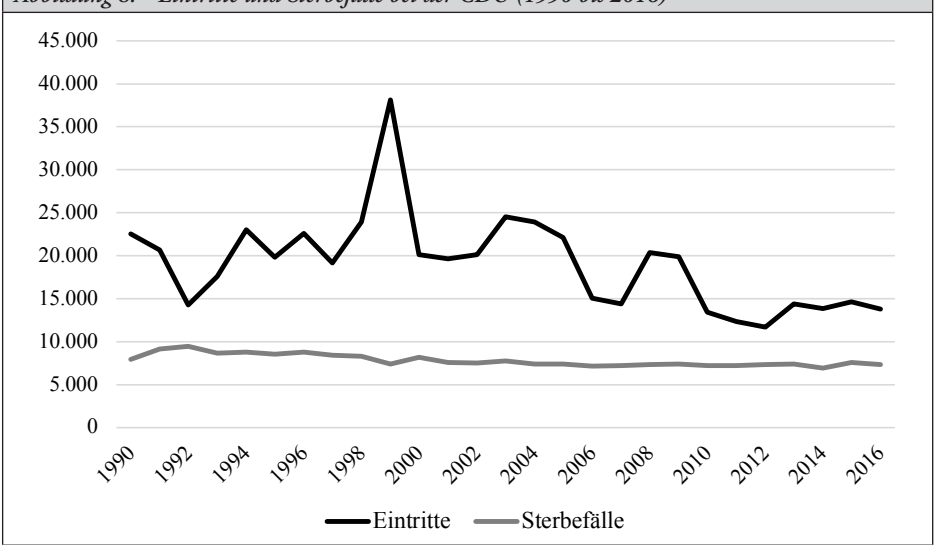
https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Wider Erwarten bleiben die Abgänge durch Tod relativ begrenzt und eher konstant, während die unsteten Austrittszahlen bei den Abgängen weitaus gewichtiger zu Buche schlagen. Der zyklische Verlauf bei den Abgängen lässt sich somit nicht auf ein wechselhaftes Auf und Ab von Todesfällen zurückführen. Der Grund liegt vielmehr in Austrittswellen. Hiervon ist insbesondere die SPD seit den 1990er Jahren betroffen. Wie Abbildung 3 weiter oben belegt, stechen dabei die Jahre 1991 bis 1993 und die Jahre 2003 und 2004 hervor, wobei die Austrittswelle ab 2005 abflaut.

Die sowohl bei der SPD als auch bei der CDU inzwischen rechtsschiefe Verteilung der Altersgruppen zugunsten des starken Übergewichts alter und ganz alter Mitglieder über 60 führt zu zwei Annahmen: Erstens müsste mit dem Anstieg von Todesfällen unter den Betagten gerechnet werden, so dass über diesen Wirkfaktor die Mitgliederbestände jetzt schon und erst recht in den kommenden Jahren weiter gelichtet werden müssten. Nun zeigt sich indes bei den Abgängen von SPD und CDU über die vergangenen Jahre, dass die Sterbezahlen in beiden Parteien keinen starken Anstieg aufweisen und trotz der weiteren Alterung einen vergleichsweise konstanten Faktor bilden. Variabel sind dagegen die Austrittszahlen. Diese liegen bei der CDU zwischen 1990 und 2016 im arithmetischen Mittel bei 4,9 Prozent pro Jahr an der Gesamtmitgliedschaft, bei einer Varianz von 1,8 und einer Standardabweichung von 1,3.

Mit Blick auf die weitere Entwicklung der Parteimitgliederzahlen mit ihrer schieflastigen Altersstruktur drängt sich ein zweiter Gedanke auf. So ist in absehbarer Zeit mit dem Abgang der gegenwärtig größten Altersgruppe der über 60-Jährigen unter den Organisierten zu rechnen. An ihre Stelle rücken die mittleren Jahrgänge, die kein Übergewicht mehr aufweisen (siehe dazu Abbildung 5 und 6). Da sich nach der Eintrittswelle der späten 1960er und 1970er Jahre die jüngsten Mitgliederzahlen der vergangenen Jahre auf einem niedrigen Sockel an jährlichen Beitritten oberhalb des 10.000er Niveaus vorerst stabilisiert zu haben scheinen (siehe dazu Abbildung 3 und 4), müsste ein näherungsweise abschätzba-

Abbildung 8: Eintritte und Sterbefälle bei der CDU (1990 bis 2016)



Quelle: Eigene Berechnung, Datenbereitstellung durch die CDU-Bundesgeschäftsstelle.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

rer Zeitpunkt eintreten, bei dem das Ungleichgewicht zwischen Eintritten und altersüberhangbedingten Abgängen behoben sein wird. Stellt man die Eintritte den Sterbefällen gegenüber, zeigt sich wie in Abbildung 8 für die CDU, dass die Kurve für die Eintritte immer über der Kurve der Sterbefälle liegt. Auf einen Sterbefall kommen im Jahresdurchschnitt seit 1990 bis 2016 2,4 Eintritte, wenngleich der Faktor in den zurückliegenden Jahren leicht unter den Wert von 2 fällt. Unter diesen Umständen würde der Mitgliederschwund einer Grundlage beraubt. Entscheidend für eine Stabilisierung der Mitgliedschaftsbasis ist somit eine Begrenzung der variablen Austritte bei gleichzeitiger Intensivierung der Neumitgliederaktivitäten, insbesondere unter jungen Menschen.

5. *Zukünftige Parteimitgliederentwicklung*

Der Fortbestand von gesellschaftlich verwurzelten Mitgliederparteien entscheidet sich daran, ob deren Mitgliederschwund sie weiter unumkehrbar auszehren und sie ihres kennzeichnenden Charakters als Organisation auf Massenbasis entkleiden wird. Abgeschätzt werden soll deshalb, wie sich das Mitgliederaufkommen zukünftig weiter entwickeln wird. Damit richtet sich der Blick auf Prognoseverfahren, die möglichst verlässlich die zukünftige Mitgliederentwicklung vorherzusagen vermögen.

Verschiedene Ansätze wurden bereits angewendet, um einen Blick in die Zukunft zu ermöglichen. Seitens der Wissenschaft hat beispielsweise *Elmar Wiesendahl* den Trend errechnet, der sich 1988 bis 2015 aus den jährlichen Bestandszuwächsen und -verlusten aller im Jahr 1988 im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien ergibt.[36] Der dabei gewonnene Wert für 2015 von 1,25 Millionen Mitgliedern unterschätzt die tatsächliche Reduktion auf 1.144.189 Mitglieder[37], weil sich in den zurückliegenden zehn Jahren die jährliche Schwundrate gegenüber den Vorjahren verstärkt hat.

Auch SPD und CDU haben interne Berechnungen durchgeführt, um ihr zukünftig noch zu erwartendes Mitgliederaufkommen zu prognostizieren. Ihre Vorhersagen bedienen sich entweder eher schlichter Verfahren wie beispielsweise des Rückgriffs allein auf den durchschnittlichen Mitgliederrückgang innerhalb einer bestimmten Zahl an jüngst vergangenen Jahren; oder versicherungsmathematischer Verfahren, die sich unter anderem an Sterbefaktoren und an der Entwicklung der Lebenserwartung orientierten. Auf welcher Modellbasis auch immer, ergeben die Prognosen allesamt einen drastischen Mitgliederschwund für die kommenden Jahrzehnte.

Wie genau sich die Mitgliederbestände der Parteien weiter lichten werden, ist von mehreren Faktoren abhängig. Zunächst einmal ist rechnerisch immer das Saldo aus Zugängen und Abgängen am Ende eines Kalenderjahres ausschlaggebend. Zum Mitgliederverlust kommt es, wenn entweder den Eingangs- größere Abgangszahlen oder umgekehrt den Abgangs- geringere Eintrittszahlen gegenüberstehen. Der Mitgliederschwund resultiert von der Abgangsseite her einerseits aus dem variablen Zahlenumfang von Austritten und Ausschlüssen. Beide Abgangsformen können politische, rechtliche, finanzielle oder sonstige Gründe umfassen.

36 Vgl. *Elmar Wiesendahl*, a.a.O. (Fn. 4), S. 34.

37 Angabe für die Parteien CDU, SPD, CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zum Stichtag 31. Dezember 2015. Ohne die 58.989 Mitglieder der Partei Die Linke, da diese 1988 nicht im Bundestag vertreten war.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Lücken in die Mitgliederkartei dürften in besonderem Ausmaß Bereinigungen um Personen reißen, die keine Aktivität (mehr) entfalten und ihren Mitgliedsbeitrag nicht (mehr) entrichten. Andererseits schlagen Todesfälle in dem Maße verstärkt zu Buche, wie die Parteimitgliedschaft überaltert und damit die Sterbewahrscheinlichkeit zunimmt.

Nicolai Dose und *Anne-Katrin Fischer*[38] haben die wachsende Sterbewahrscheinlichkeit der Parteimitglieder zur Prognose des weiteren Mitgliederschwunds der Parteien herangezogen. Die Effekte der durch Todesfälle eintretenden Mitgliederverluste ermittelten sie rechnerisch anhand des Altersaufbaus der Mitgliedschaften von CDU, CSU, SPD, FDP, Grünen und Linken im Jahre 2009, den sie jährlich in Beziehung zur Sterbewahrscheinlichkeit der Geburtsjahrgänge in der Bevölkerung setzten.[39] Hochgerechnet auf das Jahr 2040 führt demnach die linear ansteigende Sterblichkeitsrate zu einer Reduktion des Mitgliederbestands von über 60 Prozent, wobei SPD und CDU jeweils nur noch über rund 200.000 Mitglieder verfügen werden.[40] Dieser Substanzverlust stellt sich bei den anderen von ihnen untersuchten Parteien nicht ganz so dramatisch dar.

Was *Dose* und *Fischer* mit dem verengten Blick auf das festgelegte Jahr 2009 nicht weiter berücksichtigen, ist der gegenüber einer Normalverteilung verzerrte rechtsschiefe Alterskegel der Parteimitglieder, in dem in Abweichung zur Bevölkerung die älteren Jahrgänge anteilsmäßig weit überrepräsentiert sind. Den Grund hierfür liefert der temporäre Eintrittsboom der späten 1960er und frühen 1970er Jahre. Durch diesen Zulauf verschob sich der Alterskegel zunächst linksschief zugunsten der überproportional vertretenen Jungmitgliederkohorten. Nachfolgend blieb genügend Nachwuchs aus, so dass mit den Jahren in der Altersverteilung die Jungmitglieder zu überproportional vertretenen mittleren Jahrgängen alterten und schließlich am Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts lebenszyklisch ihr Rentenalter erreicht haben.

Zudem relativiert sich die Prognose vor dem Hintergrund, dass *Dose* und *Fischer* sowohl die veränderlichen Eintrittszahlen als auch die schwankenden Austrittszahlen bei ihrem rechnerischen Vorgehen bewusst ausklammern. Unberücksichtigt bleibt somit, dass Neuzugänge und Austritte sowohl in steigender als auch in sinkender Richtung jenseits der vergleichsweise konstanten Mortifikationsrate die Mitgliederbestände wieder auffüllen oder weiter ausdünnen können. Die Crux bei der Berücksichtigung dieser Faktoren ist, dass sich, anders als die vergleichsweise gut bezifferbaren Sterbewahrscheinlichkeiten, die Entwicklung der Eingänge und der um die Todesfälle bereinigten Abgänge nicht verlässlich prognostizieren lässt.

Sinnvoll ist es allerdings, für die Vergangenheit die Eintritts- und die Austritts- beziehungsweise Abgangsbewegungen nachzuzeichnen, um auf einer breiten, längsschnittanalytischen Grundlage daraus ableitbare Trends innerhalb bestimmter Schwankungsbreiten vorherzusagen. Dafür wird im Folgenden eine Zeitreihenanalyse durchgeführt, die nicht nur die zeitliche Entwicklung der Variable „Parteimitgliederzahl" beschreibt, sondern auch deren Werte für zukünftige Zeitpunkte schätzt.[41]

38 Vgl. *Nicolai Dose* / *Anne-Katrin Fischer*, Mitgliederschwund und Überalterung der Parteien: Prognose der Mitgliederzahlen bis 2040, in: ZParl, 44. Jg. (2013), H. 4, S. 892 – 900.

39 Vgl. ebenda, S. 895 ff.

40 Vgl. ebenda, S. 898 ff.

41 Vgl. *Klaus Backhaus* / *Bernd Erichson* / *Wulff Plinke* / *Rolf Weiber*, Multivariate Analysemethoden, Wiesbaden 2016, S. 135 f.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Mittels der Zeitreihenanalyse werden die Mitgliederentwicklungen sowie die Zugänge und Abgänge nach den tatsächlichen Zahlen zwischen 1993 und 2016, das heißt über einen Zeitraum von fast einem Vierteljahrhundert, prognostiziert. Durch den Beginn der Betrachtung drei Jahre nach der deutsch-deutschen Einheit sollen verzerrende Effekte in Folge des Aufgehens von Blockparteien in gesamtdeutsche Parteien reduziert werden. Grundlage für die Modelle der Zeitreihenanalyse sind ausschließlich die jährlichen Mitgliederdaten von CDU und SPD, jeweils am 31. Dezember. Um robuste Prognosemodelle zu generieren, wird – auch aufgrund der Migrationsbewegungen in der jüngeren Vergangenheit und potenzieller Unsicherheiten für die Zukunft – die demographische Entwicklung der Bevölkerung nicht als eine ergänzende externe Variable mitbetrachtet. Extrapoliert werden die Zeitreihen beider Verfahren jeweils ab 2017 bis 2030, so dass sich Aussagen über die nähere Zukunft der wahrscheinlichen Parteimitgliederstärke treffen lassen.

Die Zeitreihenanalysen wurden mittels SPSS modelliert, wobei die Jahreszahlen, transformiert als Zeitpunkte, die unabhängige Variable darstellen. Die Anzahl der Parteimitglieder sowie die der eingetretenen und ausgetretenen Mitglieder sind jeweils die abhängige Variable. Zuerst wird mittels Kurvenanpassung das geeignetste Modell für die Zeitreihenanalyse ermittelt. Die Erklärungskraft des linearen Modells wies jedes Mal den höchsten Wert auf beziehungsweise lag in einzelnen Fällen nur gering unter der Erklärungskraft anderer Modelle, so dass zu Gunsten der einfacheren Interpretationen immer dieses gewählt wurde.[42]

Da die Daten nicht unterjährig sind, das heißt nur für das jeweilige Jahr und nicht nach Monaten oder Quartalen ausgewiesen sind, gab es keine Überlagerung von Saison- beziehungsweise Konjunkturkomponenten, so dass eine Bereinigung der Daten nicht notwendig war.[43] Als Ausgangsbasis für die Prognosen für alle Modelle kamen die Vorhersagewerte der linearen Regression als lineare Trendfunktion zum Zuge. Aus den empirischen Basiswerten für die Regressionsmodelle heraus berechnen sich die Ober- und Untergrenzen der Prognoseintervalle, zwischen deren Minimum und Maximum die vorhergesagten Werte liegen.[44] Die Güte der Modelle wurde mit dem Ungleichheitskoeffizient von *Henri Theil* (Theil's U) ermittelt. Alle geschätzten Modelle wiesen den erforderlichen Wert von U<1 auf.[45]

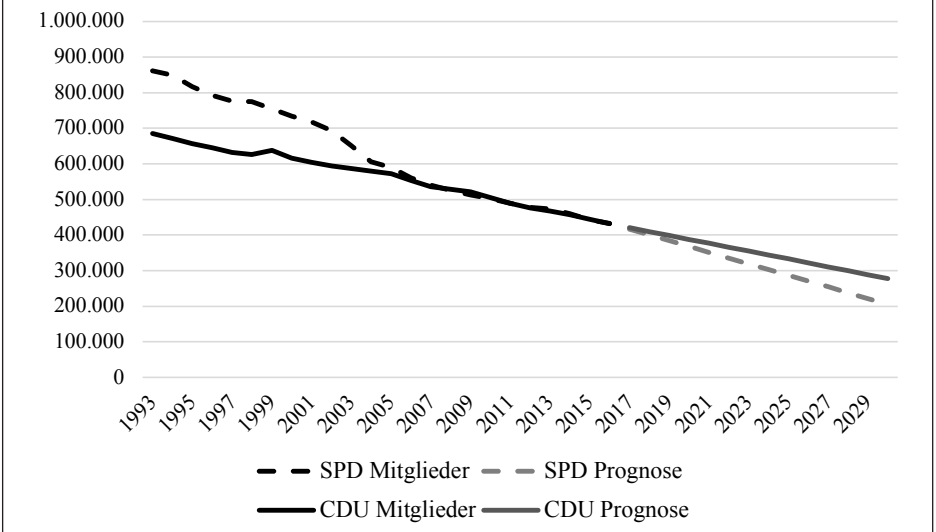
Im Folgenden werden die einzelnen Prognosemodelle vorgestellt und ihre Ergebnisse miteinander verglichen. Auf Grundlage der Entwicklung der Mitgliederzahlen von 1993 bis 2016 wurde zunächst eine Prognose über die zukünftige Anzahl der Parteimitglieder der SPD erstellt. Nach diesem Modell wird die Anzahl der Parteimitglieder weiter drastisch absinken. Besaß die SPD im Jahre 1993 nach eigenen Angaben 861.480 Mitglieder, waren es 2016 nur noch 432.706. Nach der Vorhersage des Zeitreihenmodells wird sich ihr Mitgliederstamm im Jahr 2030 auf circa 205.000 verringern (siehe Abbildung 9). Damit hätte sich die Mitgliedschaft der SPD im Jahr 2030 seit Beginn der 1990er Jahre um mehr als 75 Prozent dezimiert.

Wie für die geschätzten Modelle der SPD wurde auch für die CDU als Ausgangsbasis die Entwicklung der Mitgliederzahlen im Zeitraum von 1993 bis 2016 gewählt. Besaß die

42 Vgl. *Peter P. Eckstein*, Angewandte Statistik mit SPSS, Wiesbaden 2016, S. 252 ff.
43 Vgl. *Reinhold Kosfeld / Hans-Friedrich Eckey / Matthias Türck*, Deskriptive Statistik, Wiesbaden 2016, S. 282 ff.
44 Vgl. *Klaus Backhaus / Bernd Erichson / Wulff Plinke / Rolf Weiber*, a.a.O. (Fn. 41), S. 146.
45 Vgl. *Jürgen Vogel*, Prognose von Zeitreihen, Wiesbaden 2015, S. 17.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Abbildung 9: Mitgliederprognose für die SPD und die CDU



Anmerkung: Die Untergrenze des Prognoseintervalls für das Jahr 2030 liegt bei der SPD bei circa 147.000, die Obergrenze bei circa 264.000 und bei der CDU bei circa 246.000 beziehungsweise circa 309.000.
Quelle: Eigene Berechnung auf Basis von Auskünften der Bundesgeschäftsstellen von SPD und CDU.

CDU im Jahre 1993 685.343 Mitglieder, waren es 2016 nur noch 431.920. Das geschätzte Modell prognostiziert für 2030 eine Mitgliederzahl von circa 277.600 (siehe Abbildung 9). Dies entspräche einem Verlust von 154.320 Mitgliedern seit 2016 und sogar von 407.743 Mitgliedern seit Anfang der 1990 Jahre.

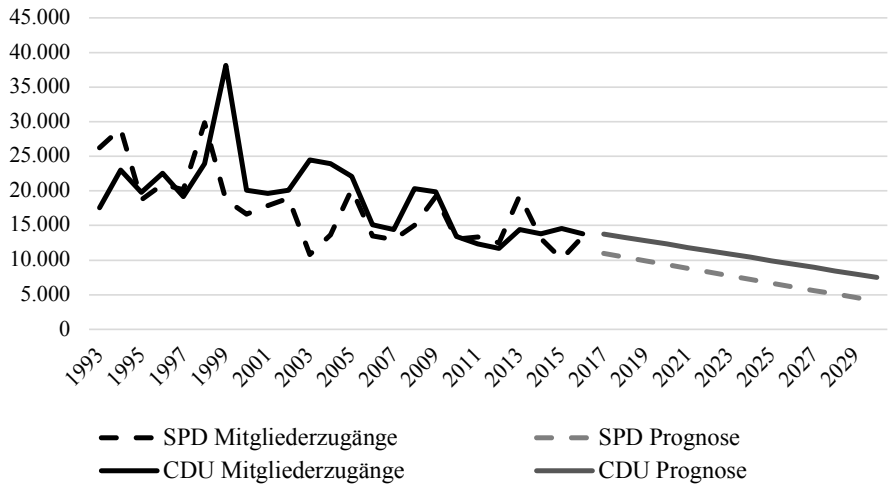
Beide Parteien weisen einen deutlichen Negativtrend in der Entwicklung ihrer Mitgliederzahlen auf. Dieser fällt bei der CDU etwas moderater aus als bei der SPD, die nach ihren Mitgliederzahlen zu Beginn der prognostizierten Kurve annähernd gleichauf lagen. Doch erschiene die Sorge, dass die Parteien irgendwann ohne Mitglieder dastehen und somit als Mitgliederorganisationen aufhören zu existieren, solange unbegründet, wie Neuzugänge zu verbuchen sind. Bei der Anzahl der jährlich neu beitretenden Mitglieder muss jedoch ebenso ein Negativtrend registriert werden. Im Jahre 1993 traten noch über 26.243 Personen der SPD bei, 2016 nur noch 13.405. Das geschätzte Modell zeigt einen weiteren Rückgang bis auf ungefähr 4.000 Beitritte im Jahr 2030 (siehe Abbildung 10).

Auch für die CDU ist die Anzahl der jährlich neu beitretenden Mitglieder rückläufig. Den 17.591 Neueintritten des Jahres 1993 stehen 2016 nur noch 13.788 Personen gegenüber. Im Jahr 2030 werden der CDU wahrscheinlich noch etwa 7.500 Personen beitreten (siehe Abbildung 10). Auch dieser Rückgang fällt etwas geringer als bei der SPD aus.

Die Zeitreihenmodellierung der Mitgliederrückgänge wurde für jede Partei in jeweils zwei separaten Modellen durchgeführt, denn die Abgänge setzen sich, wie an anderer Stelle schon ausgeführt, vor allem aus Austritten und Sterbefällen zusammen. Bevor die Mitgliederabgänge insgesamt auf die Zukunft hochgerechnet werden, wird die wahrscheinliche Entwicklung der Parteiaustritte betrachtet. Für die Austritte aus der SPD ergibt sich dabei folgendes Bild: Verließen im Jahre 1994 (für das Jahr 1993 lagen keine Werte vor) noch

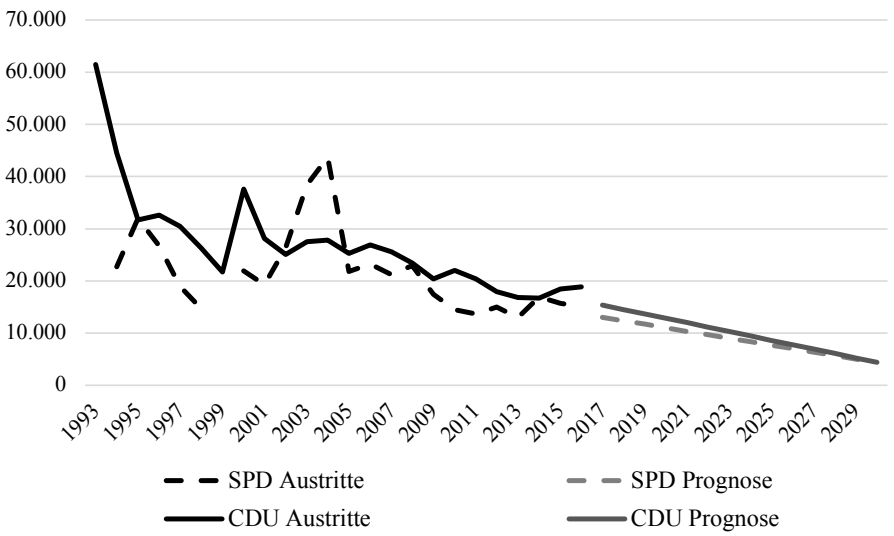
https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Abbildung 10: Beitrittsprognose für die SPD und die CDU



Anmerkung: Die Untergrenze des Prognoseintervalls für das Jahr 2030 liegt bei der SPD faktisch bei null, die Obergrenze bei circa 12.800 und bei der CDU ebenso faktisch bei null beziehungsweise circa 17.300.
Quelle: Eigene Berechnung auf Basis von Auskünften der Bundesgeschäftsstellen von SPD und CDU.

Abbildung 11: Austrittsprognose für die SPD und die CDU



Anmerkung: Die Untergrenze des Prognoseintervalls für das Jahr 2030 liegt bei der SPD faktisch bei null, die Obergrenze bei circa 12.000 und bei der CDU ebenso faktisch bei null beziehungsweise circa 12.400.
Quelle: Eigene Berechnung auf Basis von Auskünften der Bundesgeschäftsstellen von SPD und CDU. Für die SPD lagen für die Jahre 1993 und 1999 keine Werte vor.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

22.757 Mitglieder die Partei, so waren es im Jahr 2016 nur noch 15.100. Für 2030 kann von circa 4.300 Parteiaustritten ausgegangen werden (siehe Abbildung 11).

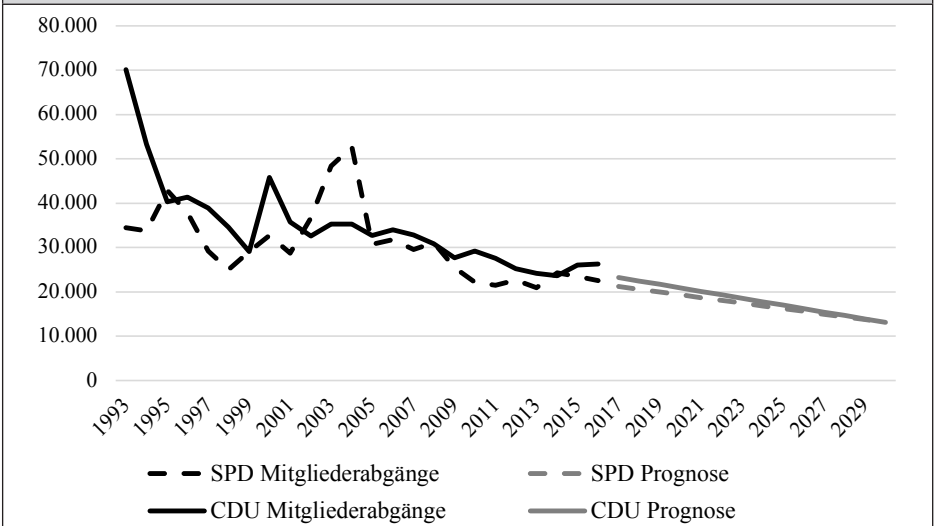
Ebenso reduzierte sich der Austrittsstrom bei der CDU. Kehrten 1993 noch 61.470 Christdemokraten ihrer Partei den Rücken, waren es im Jahr 2016 nur noch 18.879. Im Jahr 2030 wird diese Anzahl auf circa 4.400 zurückgehen. Liegen die Austritte bei der CDU derzeit noch über denen bei der SPD, ist im kommenden Jahrzehnt wahrscheinlich mit einer Angleichung der Menge an Austritten zwischen beiden Parteien zu rechnen (siehe Abbildung 11).

Der an anderer Stelle schon genannte hohe Anteil der über 60-jährigen Mitglieder stellt für eine Prognose der Mitgliederabgänge ein nicht zu unterschätzendes Problem dar. Er bringt eine höhere Sterberate mit sich, die zu einem späteren Zeitpunkt deutlich absinken wird. Wir haben dennoch eine Schätzung der Mitgliederabgänge durchgeführt, da zu vermuten ist, dass das Absinken der Sterberate im Jahre 2030 noch nicht oder nur geringfügig eingetreten ist. Verlor die SPD im Jahre 1993 noch 34.489 Mitglieder, so waren es 2016 noch 22.518. 2030 wird sie wahrscheinlich nur noch 13.100 Mitglieder verlieren (siehe Abbildung 12).

Ähnlich verlief die Entwicklung der Mitgliederabgänge bei der CDU. Verlor sie 1993 70.121 Mitglieder, waren es 2016 lediglich 26.222. Im Jahr 2030 wird die CDU aller Voraussicht nach nur noch ungefähr 13.100 Abgänge verbuchen müssen (siehe Abbildung 12). Auch an dieser Stelle ist eine Angleichung der Mitgliederabgänge zu erwarten.

Ein Vergleich der Anteile der Austritte an den prognostizierten Abgängen von Mitgliedern zeigt deren deutliche Abnahme. Dieser Anteil betrug bei der SPD sowohl im Jahre 2001 als auch 2016 0,67 Prozent und wird 2030 voraussichtlich nur noch bei 0,33 Prozent liegen. Die gleiche Entwicklung zeigt sich auch für die CDU. Lag der Anteil der Parteiaus-

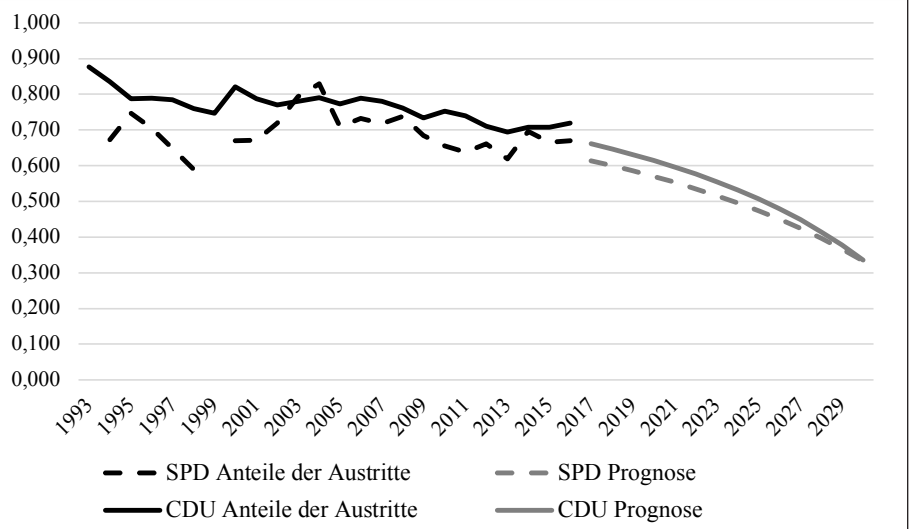
Abbildung 12: Abgangsprognose für die SPD und die CDU



Anmerkung: Die Untergrenze des Prognoseintervalls für das Jahr 2030 liegt bei der SPD bei circa 5.000, die Obergrenze bei circa 21.200 und bei der CDU bei circa 9.400 beziehungsweise circa 16.800.
Quelle: Eigene Berechnung auf Basis von Auskünften der Bundesgeschäftsstellen von SPD und CDU.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Abbildung 13: Anteil der Austritte an den Mitgliederabgängen von SPD und CDU



Quelle: Eigene Berechnung, berechnete Anteile aus den prognostizierten Werten der Modelle von Austritten und Abgängen (siehe Abbildung 11 und 12), Datenbasis: Auskünfte der Bundesgeschäftsstellen von SPD und CDU. Für die SPD konnten für die Jahre 1993 und 1999 die Anteile nicht berechnet werden (siehe auch Abbildung 11).

tritte im Jahr 2001 bei 0,79 und im Jahr 2016 bei 0,72 Prozent, wird er im Jahre 2030 geschätzt nur noch bei 0,32 Prozent liegen (siehe Abbildung 13).

Die Anteile der Sterbefälle an den Mitgliederrückgängen der Parteien werden in Zukunft deutlich zunehmen. Die Anzahl der Parteibeitritte als auch die der -austritte wird sich aber bei beiden Parteien etwa die Waage halten. Bei der SPD stehen im Prognosejahr 2030 4.000 Beitritte 4.300 Austritten gegenüber, bei der CDU kommen sogar 7.500 Beitritte auf 4.400 Austritte. Unter der Voraussetzung, dass neu eintretende Parteimitglieder sich noch in einem jüngeren Alter befinden, ist eine Stabilisierung der Mitgliederzahlen nach Ablauf dieser Phase möglich.

6. Fazit: Stabilisierungschance auf niedrigem Niveau

Ziel dieses Beitrages war es, einen prognostischen Blick auf die Zukunft der Parteien als Organisationen auf breiter Mitgliederbasis zu werfen. Die Befunde sind über weite Strecken eher düster, der Trend der Mitgliedermalaise hält ungebrochen an, er erscheint irreversibel. Vergleicht man SPD und CDU durch Fortschreibung von Trends der Vergangenheit miteinander, lässt sich für die Union eine weitaus weniger dramatische Situation skizzieren, was auf eine bisher unversehrtere Milieuanbindung hindeutet. Festgehalten werden kann trotz allem, dass die hier berechneten Prognosemodelle einen Untergang der Parteien nicht erwarten lassen. SPD und CDU werden einerseits einen weiteren Schwund ihrer Mitgliederbasis hinnehmen müssen. Sie können aller Voraussicht nach aber andererseits mit einer Stabilisierung ihrer Mitgliederzahlen auf einem stark abgesenkten Niveau rechnen.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Parteien sind in Bewegung. Mitglieder gehen, neue kommen. Den reinen Zahlenverhältnissen nach spricht die Entwicklung, auch im europäischen Vergleichsmaßstab, eher für Normalisierung unter dramatisch veränderten Umweltbedingungen als für Niedergang.[46]

Diese Stabilisierung ist indes relativ. Nicht auszuschließen ist, dass sich die dezimierten Mitgliederparteien über kurz oder lang einer Diskussion stellen müssen, inwieweit ihnen weiterhin solche parteiendemokratisch elementaren Schlüsselaufgaben wie die Kandidatenaufstellung für öffentliche Ämter, also ein Elitenrekrutierungsmonopol, und die Ausrichtung der Politik nach ihren Programmvorstellungen – exklusiv und binnenorganisatorisch abgeschottet – übertragen werden kann. Auch die gesellschaftliche Debatte um eine Erweiterung der repräsentativdemokratischen Parteienherrschaft um direktdemokratische Abstimmungsverfahren wird vor diesem Hintergrund an Rückhalt gewinnen.

Nur letztlich gilt für die Parteien als Mitgliederorganisation in der Praxis: „Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen."[47] Dementsprechend wird die Normalisierungsthese erstens dadurch unterstützt, dass Parteien in gewisser Weise die Gestalter ihrer eigenen Wirklichkeit sind und sie sich mit verschiedensten Maßnahmen um neue Mitglieder bemühen können.[48] Wie weiter oben anhand der wellenartig verlaufenden Eintrittszahlen gezeigt, gelingt dies den Parteien manchmal besser, manchmal schlechter. So vermögen sie es etwa in einem Bundestagswahljahr aufgrund der höheren Mobilisierung durch den Wahlkampf eher, Menschen zum Beitritt zu bewegen. Hier wäre auch der exorbitante Neumitgliederzulauf der SPD zu Beginn des Jahres 2017 einzuordnen. Zweitens sind sie trotz des unsicheren demographischen Faktors in den kommenden Jahren keiner zwangsläufig nach unten weisenden Mitgliederentwicklung unterworfen, die bei einem Nullpunkt enden würde.

Parteien ohne Mitglieder wären die dystopische Aussicht einer Mitgliederprognose, die nur die Sterblichkeit als dynamische Größe kennt. Stattdessen ist optimistischerweise beziehungsweise auf Grundlage des bisherigen Trends der Beitrittszahlen davon auszugehen, dass sich die SPD und die CDU in mittlerer Zukunft mit 4.000 beziehungsweise 7.500 Neueintritten pro Jahr auf einem Normalniveau stabilisieren werden, vorausgesetzt sie halten ihren Status als Großparteien im Parteiensystem aufrecht. Schließlich haben beide Parteien – trotz der jüngst angestiegenen Fragmentierung des Parteiensystems – zahlreiche Positionen und Mandate in den Kommunen, den Bundesländern und im Bund direkt oder indirekt zu besetzen, was allein schon aus dieser Perspektive einen steten Zufluss an – politikinteressierten und karriereorientierten – Mitgliedern sichern sollte, auch wenn normative Beitrittsanreize weiter an Bedeutung verlieren. Zukünftig wird es aber noch mehr darauf ankommen, zur Gesellschaft hin offene Mitwirkungskanäle um die aktive Kernmannschaft in den Parteien herum zu implementieren, so dass die Parteien ihre für die Parteiendemokratie so elementare Brückenfunktion nicht nur auf dem Papier, sondern auch tatsächlich ausüben können.

46 Vgl. *Anika Gauja / Emilie van Haute*, a.a.O. (Fn. 21), S. 193.
47 *Antoine de Saint-Exupery*, Die Stadt in der Wüste, Düsseldorf 1951, S. 172.
48 Beispielsweise durch die Stärkung individueller Mitwirkungsrechte bei der Kandidatenaufstellung, vgl. *Benjamin Höhne*, Rekrutierung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Organisation, Akteure und Entscheidungen in Parteien, Opladen / Berlin / Toronto 2013, S. 325 – 340.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-2-304
Generiert durch IP '3.145.112.251', am 12.10.2024, 06:36:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.